

Editorial

Liebe RadiX-Leser:innen,

die politischen Entwicklungen im Bereich der Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft besorgen uns nicht nur als Bürger:innen dieses Landes, sondern auch als Forscher:innen und Expert:innen in diesem Forschungsfeld.

Erinnern wir uns zurück Anfang 2024 an das öffentliche Bekanntwerden von Deportationsplänen von Migrant:innen in Deutschland seitens rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Kreise in Potsdam oder denken wir an die Umsturzfantasien und ethnischen Säuberungsvorhaben der rechtsextremistischen Terrorzelle der sog. „Sächsischen Separatisten (SS)“ von an die 20 militanten Personen, die durch eine Razzia der Polizei im Oktober 2024 festgenommen wurden. Im Mai 2024 wurde dann am OLG Frankfurt a. M. der Prozess gegen die sog. Reichbürger um Heinrich XIII. Prinz Reuß wegen der mutmaßlichen Planung eines bewaffneten Staatsstreiches gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Erschüttert haben in demselben Monat auch viele Menschen in diesem Land das Grölen von Nazi-Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ von vorwiegend jungen Menschen beim Feiern in einem Club auf der Insel Sylt.

Im Kontext des Nahost-Konfliktes erregten dann Demonstrationen in Essen und Hamburg von Islamist:innen, die ein Kalifat forderten, großes Aufsehen in Deutschland. Bundesweite pro-palästinensische Proteste an deutschen Universitäten und Hochschulen waren schließlich an der Tagesordnung und erhitzen die Gemüter zwischen Hochschulleitungen, Polizei und Politik. Jüdische Studierende wurden dabei zum Teil angegriffen und nach Angaben des Zentralrats der Juden waren 42 Prozent der jüdischen Gemeinden in Deutschland von antisemitischen Vorfällen betroffen (Stand Oktober 2024), darunter Beleidigungen, Zuschriften, Drohanrufe und Schmierereien.

Radikalisierung und Gewalttätigkeiten spitzten sich weiter durch den islamistisch motivierten Angriff eines IS-Sympathisanten auf den Islamkritiker und Pegida-Aktivisten Michael Stürzenberger und die tödliche Messerattacke auf einen Polizisten in Mannheim zu. Für bundesweit Entsetzen sorgte auch der schreckliche Anschlag eines offensichtlich islamophoben Täters auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg im Dezember 2024, bei dem mehrere Menschen ums Leben kamen und hunderte Personen verletzt wurden.

Selbst wenn die Tat vermutlich keinen politisch motivierten Hintergrund hatte, erreichten die Vorfälle in Deutschland im Januar 2025 ihren traurigen Höhepunkt durch den Messerangriff auf eine Kindergruppe in Aschaffenburg durch einen sich in psychiatrischer Behandlung befindenden Täter, der dabei einen zweijährigen Jungen und einen 41-jährigen Mann tötete sowie ein zweijähriges Mädchen schwer verletzte. Die Migrationshintergründe dieser Täter in Magdeburg und Aschaffenburg heizten die Migrations- und Sicherheitsdebatte in Deutschland extrem an, so dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschloss, mehrere Anträge zur Verschärfung einer Migrations- und Sicherheitspolitik in den Bundestag Ende Januar 2025 einzubringen. Während der Fünf-Punkte-Plan zur Verschärfung der Asylpolitik der Christdemokraten größtenteils mit der Zustimmung von der FDP- und AfD-Fraktion mehrheitlich beschlossen wurde, lehnte der Deutsche Bundestag den Entwurf zum „Zustrombegrenzungsgesetz“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit nur knapper Mehrheit ab. Das Einbringen von Parlamentsanträgen, in der die Zustimmung einer Partei mit zum Teil gesicherten rechtsextremistischen Positionen wie die der AfD billigend in Kauf genommen wurde, sorgte in der Öffentlichkeit für erhebliche Diskus-

sionen, Widerspruch der Kirchen, Protest von Auschwitz-Überlebenden, bundesweiten Demonstrationen und sogar einer öffentlichen Kritik an Friedrich Merz durch Alt-Kanzlerin Angela Merkel. Von vielen Kritiker:innen wurde dieses Vorgehen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als eine Zäsur und Tabubruch in der Geschichte des Deutschen Bundestages bezeichnet. Man darf gespannt sein, wie sich diese hitzig geführten Migrationsdebatten und Grundsatzdiskussionen zum Umgang mit der AfD auf die Ergebnisse der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 und darüber hinaus auswirken werden.

Im Jahr 2022 haben sich Wissenschaftler:innen der IU Internationale Hochschule zusammengeschlossen, um angesichts wachsender gesellschaftlicher Spannungen und diskursiver Polarisierungen in einem Verbund interdisziplinär und praxisorientiert Radikalisierungsphänomene zu erforschen. Aus diesem anfänglichen Interessenverbund ist zunächst ein von der Hochschule gefördertes Research Center entstanden und nun, im Jahr 2025 ein von der IU Internationale Hochschule finanziertes Forschungsinstitut. Die Mitglieder des „Zentrum für Radikalisierungsforschung und Prävention (ZRP)“ haben im Jahr 2024 zudem die Idee zu einer Fachzeitschrift entwickelt, das Ergebnis liegt nun in erster Ausgabe mit „RadiX“ vor.

An der Schnittstelle zwischen Forschung und präventiver Handlungspraxis freut sich deshalb die Redaktion mit der ersten Ausgabe der RadiX, ein Open Access Format vorzustellen, für das wir exzellente Wissenschaftler:innen mit interessanten Beiträgen gewinnen konnten, die „state of the art“ zu verschiedenen Facetten von Radikalisierungsphänomen sowie der Präventionspraxis in diesem Heft veröffentlicht haben:

Eingangs beschreiben Gert Pickel, Susanne Pickel, Cemal Öztürk, Verena Schneider & Michael Kiefer die Dynamiken einer gesellschaftlichen Radikalisierungsspirale und erörtern mögliche Umgangsstrategien. Anschließend beleuchtet Patrick Becker historische und aktuelle Facetten des religiösen Nationalismus. Jakob Baier, Marc Grimm, Sarah Jahn & Jana Frommer präsentieren aktuelle Studienergebnisse zu Wahrnehmungen und Wissensbeständen von Polizeibediensteten zu jüdischem Leben und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen. Zudem stellen Sally Hohnstein & Ina Weigelt neuste Forschungsergebnisse zu Berührungspunkten junger Menschen mit links- und rechtsradikalen Milieus vor. Abschließend veranschaulichen Eike Bösing, Yannick von Lautz, Mehmet Kart, Margit Stein, Lilly Badenberg, Ron Luis Lietmeyer & Tobias Rave die Befunde der wissenschaftlichen Begleitung des Integrations- und Gleichberechtigungsprojekts „CHAMPS“.

Die Fachzeitschrift bietet damit sowohl eine Plattform für Aufsätze renommierter Expert:innen als auch für Nachwuchswissenschaftler:innen in den Bereichen Radikalisierungsforschung, Prävention und damit verbundenen interdisziplinären Studien. In den zukünftigen Ausgaben unserer Zeitschrift möchten wir außerdem verstärkt auf die Perspektiven von Praktiker:innen eingehen und freuen uns, wenn auch sie praxisorientierte Beiträge einreichen. Unser Ziel ist es, diese praxisbezogenen Erkenntnisse ebenso wie aktuelle Forschungsergebnisse und Fallstudien einem breiten Publikum zugänglich zu machen, einen wissenschaftlichen Austausch zu fördern, blinde Flecken im Feld der Radikalisierungsprävention auszuleuchten und auch einen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden in unserem Lande zu leisten.

Ich wünsche allen Leser:innen interessante Erkenntnisse und eine spannende Lektüre!

Essen, im Februar 2025

Prof. Dr. Burak Çopur

Leitung des Instituts „Zentrum für Radikalisierungsforschung und Prävention“ der IU Internationale Hochschule am Standort Essen

